Anlage 5

Haushaltsrede

des Vorsitzenden der FDP-Kreistagsfraktion
Sigurd Senkel

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Selten hat ein Kreishaushaushalt schon im Vorfeld der Beschlussfassung soviel öffentliche Aufmerksamkeit erregt und ist so breit im Vorfeld diskutiert worden, wie dieser Haushaltsentwurf 2009.

Im Focus der Diskussionen steht verständlicherweise die geplante Anhebung der allgemeinen Kreisumlage. Nachdem diese für 2008 noch um 2,5 Punkte auf 44,0 v.H. gesenkt werden konnte, sollte nach dem ursprünglichen Satzungsentwurf vom Dezember 2008 auf 45,365 v.H. angehoben werden.

Nach den Diskussionen in den Fraktionen und auf Druck der k.a. Kommunen schlagen Sie mit der Vorlage 180-1/08 vom 13. Januar 2009 auf 44,448 v.H. angehoben werden. Und gestern – 26 Stunden vor dieser Kreistagsitzung - schlagen Sie, Herr Landrat, dem Kreistag vor, die allgemeine Kreisumlage bei den letztjährigen 44 Punkten zu belassen und statt dessen einen defizitären Haushalt zu verabschieden.

Und dabei ist die geplante Anhebung der Umlage des Landschaftsverbandes - seien es nun die ursprünglich vorgesehenen 1,2 Punkte oder die aktuell in Münster diskutierten 0,6 Punkte - die sich selbstverständlich auf die Höhe der Kreisumlage auswirken, noch gar nicht berücksichtigt. Sie machen es sich ganz einfach.

Im neuerlichen Satzungsentwurf schlagen Sie vor, eine zu erwartende Erhöhung der LV-Umlage auf Heller und Pfennig durch entsprechende, automatische Anhebung der Kreisumlage an die Kommunen durchzureichen.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Kämmerer Stratmann,

nach den Haushaltsgrundsätzen von Wahrheit und Klarheit haben sie als verantwortliche für den Haushalt alle im Haushaltsjahr zu erwartenden Erträge und Aufwendungen in den Haushaltsentwurf einzuarbeiten. Den von Ihnen vorgeschlagenen Weg, zu ignorieren was in Münster geschieht, halten wir als Liberale für beispiellos und verantwortungslos.

Denn: Der Kreistag hat gegen die geplante Anhebung beim Landschaftsverband formell Einwendungen erhoben. Aber auch fünf der k.a. Kommunen haben gegenüber Ihrem Haushaltsentwurf des Kreises das Gleiche getan. Wie würden oder werden Sie sich in Ihrer Rolle als zuständige Aufsichts- und Genehmigungsbehörde verhalten, wenn diese Kommunen genauso wie Sie verfahren würden ???

Und für noch viel schlimmer finden wir es, dass Sie es als Gott gegeben hinnehmen, dass Sie zumindest in der ersten Jahreshälfte keine Eröffnungsbilanz vorlegen können und sie es hinnehmen, solange ohne genehmigten Haushalt - wie im vergangenen Jahr - mit der vorläufigen Haushaltsführung verantwortlich arbeiten zu wollen.

Haben Sie in irgendeiner Weise bereits Schritte eingeleitet, wie die Erstellung der Eröffnungsbilanz beschleunigt werden kann ? Weiß man in der Kreisverwaltung nicht Prioritäten zu setzen, Schwerpunkte zu bilden?

Und dafür feiern Sie Ihren Weg in die Verschuldung und sich selbst jetzt selbst in der heutigen Presse als großer Zampano und Retter in letzter Not!!

Tatsache bleibt doch:
Sie haben sich in keiner Weise bemüht, nach den Protesten gegen die Umlageerhöhung den Haushalt mit konkreten Sparvorschlägen auszugleichen.
Ihre Potentialliste war dazu auch die falsche Vorgabe.

Auf Druck Ihrer Parteigenossen im Kreis und der Bürgermeister in den Kommunen sehen Sie jetzt als einzigen Ausweg die Flucht in die Verschuldung, wissend, dass der Kreis als Umlagever-

band dieses eigentlich gar nicht darf. Darüber haben Sie und wir als Kreistag vor einem Jahr, als es um den Abbau der Altschulden und die Erhebung der Einforderung der Altschulden gegenüber den k.a. Kommunen ging, immer wieder hingewiesen. Jetzt wollen Sie wieder diesen gleichen Weg gehen.

Dass Sie gleichzeitig unseren FDP-Antrag zur Einsetzung der Finanzstrukturkommission mit externer Beratung aufgreifen, findet natürlich unsere Unterstützung. Das kostet selbstverständlich auch Honorar, ist aber eine Investition, die sich in der Zukunft selbst rechnet.

Aber es gibt im Haushaltsentwurf noch weitere Unabwägbarkeiten, solche, die Sie und wir natürlich nicht beeinflussen können, aber auch solche Ansätze, die jetzt schon als kaum mehr realistisch anzusehen sind.

Die konjunkturelle Entwicklung wird 2009 mit Sicherheit einen Rückgang des Steueraufkommens zur Folge haben.

Und es ist auch nicht damit zu rechnen, dass bei dem zur Zeit prognostizierten Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 500.000 im Jahr 2009 gerade im Kreis Unna die Soziallasten, insbesondere die Kosten der Unterkunft, erstmals zurückgehen werden.

Ebenso macht sich die Nachforderung von jährlich 500 T€ gegenüber dem Land für Mehrkosten nach dem Konnexitätsprinzip für die Übernahme der Umwelt- und Versorgungsverwaltung zwar gut auf dem Papier, die Verwirklichung wage ich aber in Zweifel zu ziehen. Also eine Luftnummer??

Die Unsicherheit solcher negativen Einflüsse, auf die wir keinen direkten Einfluss haben, führt folgerichtig zu Überlegungen, wie der Haushalt ohne weiteres Anheben der Kreisumlage trotzdem langfristig ausgeglichen gestaltet werden kann.

Deshalb ist die Entscheidung für die Finanzstrukturkommission richtig. Und es es unserer Ansicht nach unabdingbar, in die Beratungen einen externen fachkundigen Partner einzubeziehen.

Kommunen wie Lünen und Schwerte haben damit gute Erfahrungen gemacht und vor allem akzeptable Ergebnisse erzielt.

Über die freiwilligen Leistungen der Potentialliste hinaus sind dann aber auch alle Organisationseinheiten und Strukturen der Kreisverwaltung einer kritischen Aufgabenkritik zu unterziehen. Bei diesen Überlegungen sind die k.a. Städte und Gemeinden mit ins Boot zu nehmen, das heißt, es ist ein ständiger Informationsaustausch und nach dem Vorliegen konkreter Vorschläge sind gemeinsame Beratungen vorzusehen.

Dann wird sich zeigen, ob die Signale, die von den drei Abgesandten der Bürgermeisterrunde in den Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden durchaus erkennbar waren, auch ernsthaft so gemeint waren. Die Bereitschaft darüber zu reden, ob Aufgaben des Kreises und der Kommunen zusammengeführt oder abgegeben werden können, um zum Beispiel Doppelzuständigkeiten zu vermeiden und Synergieeffekte zu erreichen. Da müssen sich dann auch die Bürgermeister bewegen und nicht nur wie bisher lediglich den Kreis kritisieren und Forderungen stellen.

Unserem Antrag zu den RWE - Aktien, die der Kreis als ehemaliger VEW-Aktionär durch den Vergleich vor dem Landgericht Dortmund erhält, liegt folgende Überlegung zugrunde:
Nach dem geschlossenen Vergleich erhält der Kreis eine Entschädigung im Wert von 1.222.046 €, oder noch deutlicher: Der Kreis erhält diesen Betrag in Form eines Pakets von RWE-Aktien, dessen tatsächliche Stückzahl sich aus dem Börsenkurs eines festgelegten Datums in der Zukunft ergibt. Deshalb soll nach unserer Ansicht dieses Aktienpaket sofort wieder verkauft werden.

Jedes weitere Halten der Aktien, auch bis zur Ausschüttung der Dividenden, wäre Spekulation und den Risiken der Börse ausgesetzt. Deshalb ändern wir in unserem Antrag das Wort „umgehend" in „sofort".

Unseren Antrag zum Kulturetat kennen Sie alle schon aus den vergangenen Jahren und aus dem Abstimmungsverhalten der FDP im Kulturausschuss.

Von der FDP gibt es sonst keine kostentreibenden Anträge.

Wir werden heute die Vorlage 180-2/09 vom 26.01. ablehnen und entsprechend der Vorlage vom 180-1/09 vom 13.01.mit der Anhebung der allgemeinen Kreisumlage auf 44.448 v.H. verfahren.

Wir wollen verantwortungsvoll unseren bescheidenen Anteil dazu beitragen wollen, dass der Kreis Unna auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Dabei nehmen wir die auf uns zukommende Kritik aus den k.a. Kommunen an.

Weil Sie, Herr Landrat, sich nicht bemüht haben und es nicht geschafft haben, dem Kreistag

einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Hand ist die Förderung der Bildung. Dabei ist das Engagement und Leistung des Kreises Unna für die Bildung in seinem jetzigen Zuständigkeitsbereich nicht zu kritisieren.

Ich möchte aber einen wichtigen Punkt anschneiden, wo Sie Herr Landrat als politisch Verantwortlicher jämmerlich versagt haben. Ich meine den Wettbewerb der Landesregierung zur Einrichtung von neuen Fachhochschulen.

Warum, Herr Landrat, ging die Bewerbung des Kreises Unna völlig am Kreistag, an den Fraktionen und überhaupt an den Möglichkeiten der Politik vorbei? Warum haben Sie uns nicht mit genommen?

Warum haben Sie die Politik nicht in Ihr Bemühen und Pläne einbezogen? Gab es Ihrerseits überhaupt einen Versuch, ein gemeinsames Projekt mit Hamm zu planen? Warum ist Hamm zusammen mit Lippstadt gegangen? Es ist inzwischen bekannt, dass Hamm und Lippstadt bereits an ihrer gemeinsamen Bewerbung gearbeitet haben, als im Kreis Unna noch gar keine Rede davon war. Über die Bewerbung des Kreises Unna ist lediglich einmal im Planungsausschuss berichtet worden. Sonst hat man nichts Konkretes darüber erfahren. So etwas muss man doch mit den Fraktionsvorsitzenden besprechen und auch deren Möglichkeiten ausloten. Sie haben als gelernter Verwaltungsbeamter und Genosse immer noch nicht begriffen, wie die Zusammenarbeit mit der Politik über Ihre eigene Partei hinaus funktioniert.

Liberale Politik ist keine Verhinderungspolitik. Liberale Politik will gestalten. Wir wollen vernünftige Regelungen für die Menschen hier im Kreis Unna.
Das wollen wir, das wollen Sie und das wollen alle Fraktionen hier im Kreistag.

Die schriftlichen Bewerbungsunterlagen des Kreises Unna mussten wir uns in Lünen besorgen. Der einzig aussichtsreiche, exzellent vorbereitete und überzeugende Teil darin war die Bewerbung der Stadt Lünen für den Fachbereich der Kreislaufwirtschaft. Das kam dann auch im Urteil der Jury zum Ausdruck, leider nur nicht für den Standort Lünen, sondern der Wettbewerbssieger Hamm soll diesen Bereich mit einbeziehen.

Ihr verzweifelter Versuch, im Nachhinein noch etwas korrigieren zu wollen, indem Sie mit den beiden SPD-Abgeordneten aus dem Kreis Unna beim Staatssekretär des Ministeriums vorsprachen um sich für den Standort Lünen stark zu machen, musste erfolglos bleiben und brachte Ihnen als Landrat lediglich Ihre erstrebten Presseberichte. Aber keinen Erfolg für Ihren und unseren Kreis Unna.

Warum diese Alleingänge? Der Kreis Unna gehört nicht der SPD. Sie sind der gewählte Landrat für alle Bürger. Warum haben Sie nie versucht, den gesamten Kreistag mit zu nehmen?
So wurde die Chance versäumt, den Kreis Unna und unsere Region weiter nach vorne zu bringen.